

## Die Steuerzulagen der Beamtenchaft.

Eine Äußerung des Reichsvereins der Privatbeamten Oesterreichs.

Im Anschlusse an die Mitteilung über die Steuerzulagen für die Staatsbeamtenchaft erhalten wir vom Reichsverein der Privatbeamten Oesterreichs nachstehende Darlegung:

Es ist eine wohl unwiderlegbare Tatsache, daß die Festbesoldeten und deren Familien unter den Kriegsverhältnissen am meisten zu leiden haben. Weil sie eben schon im Frieden ihre Lebenshaltung mit ihrem Verufe nicht mehr in Einklang bringen konnten, traf sie die enorme Kriegsteuerung doppelt hart. Manche durch die Stellung und Gesellschaftspflichten bedingte Ausgabe mußte eingestellt, Art und Ausmaß der Verköstigung herabgesetzt werden. Die Beamten glaubten, wie so viele, an einen nur kurzen Krieg und waren bereit, selbst die schwersten Opfer auf sich zu nehmen. Als der Krieg jedoch schon ein halbes Jahr andauerte und die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel von Woche zu Woche ganz unheimlich stiegen und die Mahlzeit immer larger wurde, da entschlossen sie sich, durch ihre Organisation ihre Notlage zu schildern und Abhilfe zu erbitten.

Die ersten Erfolge hatten die Privatbeamten aufzuweisen. Die Banken und Versicherungsanstalten waren die ersten Unternehmungen, welche die Vorstellungen der Beamtenorganisationen für begründet erachteten. Ihnen folgte zwar eine größere Anzahl von Unternehmungen in der Industrie, im Handel und im Gewerbe, doch leider zumeist nur unzulänglich. Viele Firmen glaubten ihrer Pflicht schon dadurch Genüge getan zu haben, daß sie überhaupt eine Kriegsteuerzulage gewährten, und wenn dieselbe auch nur wenige Kronen monatlich betrug. Dies zu einer Zeit, da der einfachste Haushalt eine tägliche Mehrausgabe von vielen Kronen erfordert. Die Mehrzahl der Privatbeamten blieb übrigens ohne jede Zulage und vielen wurde überdies dort, wo es sich nicht um Seereslieferanten handelt — denen bekanntlich auf Eingaben der Organisationen von der Militärbehörde soziales Empfinden nachdrücklich empfohlen wurde — zugemutet, bei vermindertem Gehalt erhöhte Arbeit zu leisten.

Unter solchen Umständen richteten die Privatbeamtenorganisationen nach fast 18 monatlicher Kriegsdauer und ununterbrochener Teuerung vor Neujahr nochmals einen dringenden Appell an die Dienstgeber, die sich teils durch den Krieg schadlos zu halten verstanden, teils die erhöhten Lasten auf die Abnehmer übertragen konnten, während die Privatbeamten — denen Reserven aus früheren Jahren nicht zur Verfügung standen — zusammenbrechen drohten. Die herbeigesehnte Hilfe blieb für die große Masse aus und eine Zeit der höchsten Spannung trat ein.

Nun hat die Staatsverwaltung, welche den Bitten ihrer Angestellten lange widerstanden hat, die unhaltbare Lage der Beamten endlich eingesehen und die Gewährung von Kriegszulagen im Betrage von 180 bis 900 Kronen jährlich wörtlich damit begründet, daß von der Teuerung, die der Krieg mit seiner tiefgreifenden Erschütterung der gesamten Volkswirtschaft gezeitigt hat, besonders die Festbesoldeten hart betroffen wurden und daß die Preissteigerungen von denen auch die unentbehrlichsten Gegenstände des menschlichen Bedarfs für weite Kreise der Staatsbediensteten eine unerschwingliche Höhe erreicht haben.

Die Staatsverwaltung kann ob der Gewährung der Kriegszulagen nicht nur des Dankes der eigenen Angestellten, sondern auch der Privatangestellten sicher sein, denn sie hat damit freimütig die ungeheure Teuerung als tatsächlich bestehend erklärt und als das einzige Mittel dagegen die Pflicht des Dienstgebers, hier helfend einzugreifen, ausgesprochen. Wohl kann sich die Staatsverwaltung darauf berufen, daß ihre Beamtenchaft im Kriege Außerordentliches geleistet hat, wofür die Regierung auch volle Anerkennung